

Schweiz

Ein verdorrtes Gewächs

Äusserer Druck und fremde Ideen machten die Eidgenossenschaft 1848 zur europäischen Musterdemokratie. Kann sich das Land in Erinnerung an diese Erfolgsgeschichte aus seiner Erstarrung befreien?

„Wir gratulieren der Schweiz von ganzem Herzen“, posaut die Freisinnige Partei in Anzeigen ihr Eigenlob ins Land hinaus: „1848 wurde der schweizerische Bundesstaat auf Initiative von Freisinnigen gegründet.“

„Eigenlob stinkt“, rümpfen die Eidgenossen die Nase. Mit flotten Sprüchen braucht ihnen derzeit keiner zu kommen. Sieben Jahre Rezession, 180 000 Arbeitslose und ein Staatsdefizit von nie gekannter Höhe drücken schwer aufs Gemüt.

„Die Stimmung könnte mieser nicht sein“, bestätigt das Wirtschaftsblatt „Cash“ und hofft „auf die kollektive Erinnerung an die stürmische, leidenschaftliche, über weite Strecken chaotische Anfangszeit unserer nationalen Existenz.“ Der Stolz auf die Vorfahren, die, als einzige in Europa, die liberale Revolution zu einem nachhaltigen Erfolg machten, soll die Depression überwinden.

Leicht gesagt: Nicht nur die selbstzufriedene Staatspartei FDP umweht nach 150 Jahren ununterbrochener Regierungsbeteiligung der strenge Geruch ausgelutschter Ideen. Das ganze, sorgfältig auf Ausgleich abgestimmte politische System ist in Frage gestellt. Denn in Zeiten der Globalisierung kommt die Wirtschaft nicht bloss gut ohne Freisinn zurecht, auch die lange als Quell von Stabilität und Wohlstand hochgerühmte Partnerschaft mit den Arbeitnehmern gilt in vielen Chefetagen nur noch als lästige Zeitvergeudung.

1998 feierte die moderne Eidgenossenschaft ihren 150. Geburtstag. Für den SPIEGEL versuchte ich zu zeigen, wie die Historie die Gegenwart beeinflusst. Was damals über die Staatspartei FDP gesagt wurde, ist bis heute gültig. Die vorsichtige Zuversicht, dass sich Blocher und seine Partei unter dem Druck der normativen Kraft des Faktischen bald als Auslaufmodelle erweisen würden, erscheint im Rückblick als voreilig.

Seit drei Jahren streiten sich in Brüssel Berner Unterhändler mit EU-Bürokraten um Strassen- und Luftverkehr, um Landwirtschaft und Forschung, um freien Kapitaltransfer und die Niederlassungsfreiheit. Und ihr Spielraum wird um so enger, je länger die Verhandlungen dauern. Nur mit Mühe gelingt es der Regierung, dem widerspenstigen Volk klarzumachen, wie kurz die eigenen Spiesse sind. Derweil vertieft der neue reiche Volkstribun und Unternehmer Christoph Blocher, der seit Jahren jede innere Reform und jede Öffnung nach aussen hintertreibt, die Spaltung des Landes, wo immer er kann. Der Alleingang, das Abseitsstehen, predigt er, sei die eigentliche Raison d'être der Nation. Wer den bewährten Pfad verlasse, stürze das Land ins Verderben.

Doch leichtes Spiel haben der Prophet des reaktionären Patriotismus und seine Vasallen auch nicht mehr. Letztes Jahr scheiterten die Angstparolen von Blochers Volkspartei und anderer Rechtskonservativer gegen die Liberalisierung der Drogenpolitik. Anfang März ging in Zürich der Versuch daneben, mit Ruhe- und Ordnung-Gedröhn zwei rechtsbürgerliche Kandidaten in der Stadtregierung zu installieren.

Manche lesen daraus schon Anzeichen eines Sinneswandels. Tatsächlich sprechen jüngste Umfragen von wachsender Zustimmung zu Uno-Beitritt und EU-Integration. Zaghafte erste Schritte zu einer Regierungsreform sind gemacht, und eine moderate Anpas-

sung der Verfassung ist auf gutem Weg. Damit die Erinnerung an die revolutionäre Dynamik der Gründerzeit etwas fruchtet, benötigt sie allerdings bedeutend mehr Breitenwirkung als bisher.

Eigentlich sind es drei historische Daten, die 1998 mit Feierstunden, Ausstellungen, Publikationen und Volksfesten bejubelt werden: 1648 - vor 350 Jahren - errang der Basler Bürgermeister Johann Rudolf Wettstein im Westfälischen Frieden für die Eidgenossenschaft die Unabhängigkeit; 1798 - vor 200 Jahren - besetzten Napoleons Truppen das Land und festigten die revolutionären Bürgerbewegungen. Und 1848 – vor 150 Jahren – gab sich das Land eine föderalistische, liberale Verfassung.*

Aus heiterem Himmel begann das Licht der Freiheit allerdings nicht über den Alpengipfeln zu leuchten. Die französische Besetzung und die folgenden Jahre der Helvetik gelten in katholischen Landesgegenden bis heute als Zeit schwerer Heimsuchung. Das Land wurde zum Kriegsschauplatz; eine russische Armee zog über die Alpen; bei Zürich kam es 1799 zweimal zur offenen Feldschlacht.

Zu einem Einheitsstaat zusammengezwungen, waren die Kantone zerstrittener denn je. Es gab immer wieder Unruhen, Zusammenrottungen und gewalttätige Putschversuche. Aber die Unrast produzierte auch vielfältigen Fortschritt. Das vom Basler Oberzunftmeister Peter Ochs verfasste Grundgesetz verankerte die Menschenrechte und den Gedanken der Volkssouveränität in den Bürgerschädeln. Und zahlreiche Emigranten – vorab aus Deutschland – stürmten begeistert als Entwicklungshelfer in die junge Republik.

Der bedeutendste unter ihnen war der 1771 im preussischen Magdeburg geborene Heinrich Zschokke. Als unermüdlicher Kommunikator wurde er – so der Publizist Markus Kutter – zum eigentlichen „Erfinder der schweizerischen Eigenart“.

Der gelernte Schauspieler und studierte Pädagoge kam 1795 zuerst nach Graubünden. Nach dem Sturz der Frankreich zugeneigten Regierung floh er 1798 nach Aarau, wo er für das eben installierte Helvetische Directorium eine Art Propagandaministerium, das „Bureau für Nationalcultur“, leitete. Später engagierte er sich, zusammen mit Heinrich Pestalozzi, beim Wiederaufbau im kriegsverwüsteten Kanton Nidwalden, verhinderte im Tessin als Krisenmanager einen Bürgerkrieg und führte in Basel die Aufsicht über die Verwaltung.

1801 quittierte er den Dienst bei der Zentralregierung und liess sich im Kanton Aargau nieder, dem er bis zu seinem Tod 1848 in vielfältigen öffentlichen Funktionen diente. Er organisierte das Forstwesen, mischte sich in die Schulpolitik ein, gründete eine Volkshochschule, wirkte als Abgeordneter, Journalist und Schriftsteller und pflegte Kontakte zur progressiven Intelligenz ganz Europas.

Die verfolgte fasziniert, wie sich die Alpenrepublik nach und nach aus den Fesseln der Restauration befreite. Inspiriert von der Pariser Julirevolution muckten in den frühen Dreissigerjahren die Bürger der dicht besiedelten Mittellandkantone gegen das 1815 reanimierte Ancien Régime auf und setzten ihre Forderungen nach Volkssouveränität, Gewaltenteilung und Rechtsgleichheit, nach Handels- und Gewerbefreiheit und der Garantie des Privateigentums kampfflos durch.

* Eine Fülle von Publikationen und Ausstellungskatalogen sind zum Gedenkjahr angekündigt oder schon erschienen. Unter anderen: Bruno Meier, Dominik Sauerländer, Hans Rudolf Stauffacher, Andreas Steigmeier (Hg.): Revolution im Aargau, Umsturz - Aufruhr - Widerstand 1798-1803, Aarau 1997, AT-Verlag, 328 Seiten und CD-ROM., Thomas Hildbrand, Albert Tanner (Hg.): Im Zeichen der Revolution, Der Weg zum schweizerischen Bundesstaat 1798-1848, Zürich, Chronos-Verlag, 1997, 180 Seiten. CH-Chronik, Eine multimediale Reise durch die Zeit, 3 CD-ROM mit Beiheft, Zürich 1998, Verlag NZZ.

Nur in Basel, 1798 noch an der Spitze der Revolution, wehrten sich die Patrizier mit Waffengewalt. Es gab Tote und die Landbevölkerung organisierte sich 1832 ihren eigenen Kanton. Sein Ruf als Hort des radikalen Fortschritts und der Volksherrschaft zog aus allen Himmelsrichtungen Revolutionäre an, die in dem mausarmen neuen Gemeinwesen vor allem als Lehrer hoch willkommen waren.

Auch in Zürich tummelten sich in diesen wilden Dreissiger- und Vierzigerjahren die Radikalen aus ganz Europa. 1843 wurde der Schneider und Agitator Wilhelm Weitling verhaftet, unter anderem wegen „Anreizung zum Aufruhr“ verurteilt und später ausgewiesen.

Georg Herwegh, als Deserteur seit 1839 in der Schweiz, kam etwas glimpflicher davon. Ihn setzte die konservative Regierung vor der Tür, weil er sich im Kreis der schon eingebürgerten Professoren August Follen und Julius Froebel heftig in die Tagespolitik einmischte. Asyl fand er „Dichter aller vorwärtsschreitenden Geister“ und seine gleichermassen radikal gesinnte Braut Emma gleich nebenan im Aargau. Die Kantonsregierung war von dem Zuzug so begeistert, dass sie dem erfolgreichen Emigranten über Nacht die Heiratsurlaubnis erteilte. Es war der Anarchist Michail Bakunin, der nach der Trauung in Baden Emma Herwegh galant in die Kutsche half.

Einbürgern liess sich der Vormärz-Barde später standesgemäss im Revoluzzer-Nest Liestal, dem Hauptort des Kantons Basellandschaft. Und hier „in freier demokratischer Erde“, liess er sich 1875 auch bestatten.

„Dass im Schweizerlandrevier,
Sich kein Nacken bücke!
Kaiser ist der Bürger hier;
Vive la république!“

reimte Herwegh über seine Wahlheimat. Und seine Mitbürger lasen es mit roten Ohren.

Denn für einen Teil der Eidgenossen waren ein ungebeugter Nacken und republikanischer Stolz auch 1847 ein Wunschtraum. In mancher Hinsicht glich die Schweiz immer noch sehr dem Land, das Heinrich Zschokke 1795 angetroffen hatte: „Ein verdorrtes politisches Gewächs des Mittelalters, ohne nationale Einheit, ohne Eintracht der Regierungen mit den Regierten“.

In den katholischen Gegenden verteidigten die Konservativen hartnäckig ihre Privilegien. Statt Aufklärung und Bildung für alle zu verbreiten, holten sie die Jesuiten, um der Jugend Gottesfurcht und Respekt vor der Obrigkeit einzubläuen.

Zweimal, 1844 und 1845, versuchten radikale Freischaren vergeblich, das konservative Regiment in Luzern zu stürzen. Der junge Gottfried Keller zog begeistert mit ins Gefecht und freute sich:

„Und überall wird es lebendig,
Das Land eröffnet seinen Schoss;
Nun aber wär ein Lied notwendig.
Das Volk steht auf, der Sturm bricht los.“

Das Fieber stieg, als in den Kantonen Waadt, Genf, Zürich und Bern Radikale die Regierung übernahmen und sich sieben katholische Kantone zum so genannten Sonderbund zusammenschlossen.

Die Strafaktion war unausweichlich. Als Ulrich Ochsenbein, einer der Freischaren-Strategen und nun Präsident der radikalen Berner Regierung, am 7. Juli 1847 die entscheidende Sitzung der Tagsatzung eröffnete, schwebte gleichsam der Weltgeist über den Delegierten: „Von Osten und Westen, von Mittag und von Mitternacht lauschen Millio-

nen Ihren Beschlüssen entgegen“, trompetete Ochsenbein. „Das Gewitter leuchtet, aber der europäische Staatenkoloss achtet seiner nicht, denn er schläft – aber einen gefährlichen Schlaf.“

Im Oktober 1847 zog die fortschrittliche Mehrheit der Kantone gegen den Sonderbund ins Feld. Der Bürgerkrieg dauerte 26 Tage, etwa 100 Kämpfer fanden den Tod. Klug vermieden es die Sieger, die Unterlegenen zu demütigen. Als im Februar und März 1848, der Funke aus der Schweiz bei den Nachbarn zündete und der revolutionäre Sturm losbrach, brüteten die Eidgenossen schon wieder still und fast einträchtig über dem Entwurf ihrer Bundesverfassung.

Im April war der Text bereinigt „pragmatisch und gemässigt“, wie die „Neue Zürcher Zeitung“ lobt, ein Kompromiss zwischen Zentralisten und Föderalisten, der den kleinen Gliedstaaten in einer zweiten – über das amerikanische Vorbild hinausgehend – gleichberechtigten Parlamentskammer volle Mitbestimmung sicherte.

Seit 1891, als die turbulente Zeit grosser und kleiner Reformen mit dem Eintritt des ersten Katholisch-Konservativen in die Bundesregierung abgeschlossen war, gilt der Staat den meisten Eidgenossen als vollendet. Nie wurden sie wie alle ihre Nachbarn durch Kriege und andere Katastrophen zum Neuaufbau gezwungen. Korrekturen und kleine Anbauten genügten, um ihr Staatsgebäude à jour zu halten.

So verfestigte sich der Glaube an den Bestand des Überkommenen zur überheblichen Gewissheit, das Bestmögliche erreicht zu haben. Fern von allen Turbulenzen, stark nur im Alleingang und im Einklang mit den überlieferten Grundsätzen pflegte das Land eine Selbstgenügsamkeit, die sich nun als gefährliche Isolierung entpuppt.

Erst in den letzten Jahren, nach einer Reihe innenpolitischer Skandale, nach missglückten Versuchen zur politischen Öffnung nach aussen und nachdem die geheiligte Staatsmaxime Neutralität im Ausland als Ausdruck kollektiver Profitgier denunziert wird, beginnt ein Teil der Schweizer, ihren Staat in neuem Licht zu sehen. Sie kommt ihnen wie eine vernachlässigte Pflanze vor, in einem viel zu engen Topf, „ein verdorrtes Gewächs“, wie es Heinrich Zschokke einst beschrieb.

Der blühende Wohlstand der Nachkriegszeit erscheint nicht mehr in erster Linie als Frucht von Fleiss und Freiheit, sondern als Folge geschäftstüchtiger Willfährigkeit gegenüber den Nazis und schonungsvoller Nachsicht der Westmächte im Kalten Krieg.

Die Instrumente der Staatsleitung sind verrostet, die Reformenergie ist – vorab aus Furcht vor zentrifugalen Kräften in der Gesellschaft – erschöpft. Das Streben nach Stabilität, von dem das kollektive Bewusstsein geprägt ist, das Vermeiden von Risiken, das penetrante Schielen auf den eigenen Vorteil hat die Schweiz in die Isolation manövriert.

Seit 1992, als das Volk den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum ablehnte, hecheln Regierung und Parlament hinter Brüssels Gesetzestechnikern her, um die europäischen Rechtsnormen „autonom nachzuzuziehen“ – mit magerem Erfolg.

Zwar wurde das Asylrecht, im Gleichschritt mit den Nachbarn, immer weiter verschärft. Gleichwohl behielt die Schweiz ihre Anziehungskraft. Denn weil sie nicht Mitglied des Dubliner Akkommens sein kann, das von einem Flüchtling im geeinten Europa nur noch ein Asylgesuch akzeptiert, strömen ihr nun Tausende abgewiesener Armuts-Migranten zu.

Noch schwerer lastet der Transitverkehr auf dem Alpenland. Nachdem sich die Berner

Regierung im Januar mit der EU-Kommission mühsam auf einen Kompromiss beim Alpen-transit geeinigt hatte, lehnten die Deutschen das Paket vorletzte Woche als „inakzeptabel“ ab. Damit steht für Bern das ganze bilaterale Abkommen mit der EU auf Messers Schneide. Aber selbst wenn je einmal eine Einigung zustande kommt, ist, über kurz oder lang, ein Beitritt zur Union unausweichlich. Die Frage ist bloss, woher die bürgerliche Volkspartei FDP die Kraft nimmt, die von ihr mitverschuldete Isolation zu überwinden und die schleichende Staatskrise zu beenden. Die Freisinnigen „müssen von der Schadenbegrenzung durch Einbindung gefährlich werdender Gegner abrücken“, rät der christdemokratische Politstrategie Iwan Rickenbacher „und wieder mehr Risiken eingehen, durch die Radikalität der Idee aufrüteln.“

Auch der schlaue Sozi Peter Bodenmann, bis 1997 Parteipräsident, setzt auf eine erneuerte FDP. Denn „die politische Mitte muss gemeinsam mit der Linken die Schweiz im europäischen Raum neu positionieren“. Die nötige Durchschlagskraft gegen Isolationisten und rechte Staatsabbauer traut Bodenmann am ehesten dem neuen Wirtschaftsminister

Pascal Couchepin zu, einem „selbstbewussten Machtmenschen“ aus dem welschen Unterwallis.

Wunder kann allerdings auch der kraftstrotzende Bergler nicht vollbringen, wie sich bei seinem ersten Auftritt am Fernsehen zeigte. Mehr als altbekannte Gemeinplätze fielen ihm nicht ein, als er sich daran machte, die wunde Volksseele zu massieren: „Ich wünsche mir“, sagte er mit sympathischem Akzent, „dass die Schweizer wieder mehr Selbstvertrauen haben.“ Das helfe auch gegen die Angst vor Europa. „Oder glauben Sie, wir können alleine bleiben wie das Dorf von Asterix?“

Eine redigierte Fassung dieses Textes erschien am 18.5.1998 im SPIEGEL 21/1998
© Jürg Bürgi, 17.4.1998